A40 Konsequenzen aus der Bundestagswahl ziehen!

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

I.

Sehr viele Mitglieder der Grünen haben in Bremen einen engagierten Wahlkampf gemacht. Damit haben wir das Bremer Mandat verteidigt und zum insgesamt guten Ergebnis der Grünen beigetragen. Dennoch dürfen wir uns mit dem schlechteren Ergebnis gegenüber 2013 nicht einfach abfinden, müssen uns die hohen Verluste in den grünen „Hochburgen" zu denken geben, besonders im „Viertel", aber auch in der Neustadt.

Wir sollten die Ursachen für unser Bremer Ergebnis nicht einfach in der allgemeinen Großwetterlage (wie der unklaren Bündnis- und Machtoption) suchen, sondern auch in unserer Landes-, Kommunal- und Stadtteilpolitik in Bremen und Bremerhaven. Da ist die öffentlich sehr kontrovers diskutierte Bilanz der rot-grünen Regierungsarbeit (in Land und Stadt Bremen) zu nennen, die die Diskussionen an den Wahlkampfständen diesmal stark bestimmt hat. Unser Wahlkampf hat darauf zu wenig geantwortet, es fehlten die mobilisierenden Inhalte, die flexibel auf die aktuellen Ereignisse reagierten hätten (Stichwort: Klimakrise). Zugespitzt: Zu viel nur Moderation, zu wenig politische Führung.

Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass die Grüne Partei insgesamt in Bremen – im Land und in der Stadt – gegenwärtig öffentlich zu wenig als die gestaltende politische Kraft wahrgenommen werden konnte, die unser Anspruch und unsere Aufgabe ist.

II.

Verlauf und Ergebnis des Bremer Bundestagswahlkampfs sind eine deutliche und dringende Aufforderung an uns Grüne in Bremen, in den kommenden sechs bis zwölf Monaten unsere Politik zu überprüfen und gezielt zu verbessern, um selbstbewusst mit grünen Zielen und Vorschlägen in die nächste Bürgerschaftswahl 2019 gehen zu können. Wir müssen uns auf einen eigenständig grünen Wahlkampf vorbereiten, mit dem klaren Ziel, auch zukünftig die Politik in Bremen und Bremerhaven verantwortlich mitzugestalten. Denn eine ökologisch verantwortliche Stadtentwicklung, eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik und eine Sozialpolitik gerade für diejenigen, die sie am dringendsten benötigen: Das gibt es nur mit starken Grünen.

Auch deshalb sollten wir gemeinsam klarer und selbstbewusster als bisher die Erfolge der grünen Regierungsbeteiligung in Land und Stadt Bremen hervorheben: Die Einhaltung des Sanierungskurses, auch als Voraussetzung der erfolgreichen Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen; die Schaffung der Voraussetzungen für steigenden Wohnungsbau bei gleichzeitiger größtmöglicher Schonung der Freiflächen und der städtischen Umwelt; die den Menschen zugewandte Aufnahme vieler Flüchtlinge und ihre beginnende Integration – um hier nur einige wesentliche Punkte zu nennen.

Gleichzeitig aber benennen wir auch Fehler, Mängel und dringende Handlungserfordernisse klar und verpflichten uns, an Lösungen zu arbeiten. Wir stellen uns den unvermeidlichen Zielkonflikten einer wachsenden und

solidarischen Stadt und übernehmen Verantwortung auch mit schwierigen Entscheidungen. Denn unser Wählerauftrag ist gutes Regieren.

Die Landesmitgliederversammlung fordert daher Landesvorstand, Bürgerschaftsabgeordnete, die grünen Mitglieder des Senats und die grünen Beiräte auf, je nach Verantwortungsbereich, gemeinsam unter anderen folgende dringenden Vorhaben – Klärung und/oder Umsetzung – im kommenden Jahr in Angriff zu nehmen:

1. Stadtteilbezogene Darstellung der Investitionen Bremens (2018 und 2019); fortlaufende, vorausschauende und zeitnahe Berichterstattung im Internet über die Fortschritte in Planung und Bau; auch als Grundlage einer grünen Schwerpunktbestimmung der kommenden Jahre.

2. Weiterentwicklung – unter anderem durch einen „grünen Ratschlag" – von internetbasierten Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger, bei Gewährleistung des Zugangs für alle, unabhängig von Ausbildung, Muttersprache und sozialer Lage.

3. Unabhängig davon kurzfristig erkennbare Beschleunigung bei der Bewilligung vor allem von Elterngeld und Wohngeld.

4. Erarbeitung von neuen und zeitgemäßen Vorschlägen für eine ökologisch orientierte und frauenspezifische Wirtschaftsförderpolitik in Bremen.

5. Fortschreibung des Klima- und Energieprogramms, mit Bilanz der bremischen CO_2-Entwicklung und Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaschutzziele nach dem Bremischen Klimaschutzgesetz.

6. Aktionsplan für mehr Grün und Baumschutz in Bremen, Verabschiedung einer Gründachsatzung im Rahmen der Novellierung der Landesbauordnung.

7. Sicherstellung der politischen Leitbildumsetzung (Stärkung der Innenstadt als Ganze) bei der städtebaulichen Entwicklung der Innenstadt durch Investoren.

8. Maßnahmenplan mit ausgewiesenen Flächen zur Förderung der Artenvielfalt und der „essbaren Stadt".

9. Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes für die Rennbahn mit einem Schwerpunkt der Ansiedlung von Beschäftigten der Betriebe in Hemelingen und Sebaldsbrück.

10. Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bei Brebau und Gewoba ohne Zugriffsmöglichkeiten für Finanzinvestoren.

11. Umsetzung von Tempo 30 vor allen Schulen und Kitas, Krankenhäusern und Seniorenheimen.

12. Beschleunigung beim notwendigen Um-, An- und Ausbau von Schulen und Kindergärten, vor allem auch in den neu geschaffenen Ganztagsgrundschulen, durch ressortübergreifende Straffung der Verfahren ähnlich wie bei der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften.

13. Beitrag zur dringend erforderlichen Diskussion mit allen Beteiligten, vor allem der Lehrerschaft, über die tatsächlichen Ursachen der Ergebnisse von bundesweiten Leistungsvergleichen und über Möglichkeiten der Verbesserung der Qualität im Schulunterricht.

14. Erarbeitung des grünen Standpunktes zur Weiterführung des „Schulkonsenses“ in Bremen (Zwei-Säulen-Modell, Inklusion u.a.).

15. Verlässliche Organisation von nachhaltigem Sprachunterricht und der Vorbereitung auf auf- und nachholende Schulabschlüsse für junge Geflüchtete, um die Ausbildungschancen zu erhöhen; Unterstützung bei der Suche und der Wahrnehmung von Lehrstellen.

16. Bessere Unterstützung von alleinerziehenden Frauen, u.a. durch Ausbau der Teilzeitausbildung und zunächst modellhafter Einführung randzeitenorientierter Kinderbetreuungsangebote; gezielte Maßnahmen für geflüchtete Frauen (berufsspezifischer Spracherwerb und Anerkennung von Qualifikationen.

17. Erarbeitung eines Spielraum- und Freiraumförderkonzeptes („Stadt in Bewegung“); Umsetzung zunächst in zwei bis drei Stadtteilen.

18. Verabschiedung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

III.

Wir müssen vordringlich einen neuen Schub des Meinungsaustausches mit Bürgerinnen und Bürgern organisieren. Die Landesmitgliederversammlung fordert deshalb den Landesvorstand und die Untergliederungen der Partei auf, die gemeinsame Arbeit in den nächsten sieben Monaten (bis zur Sommerpause 2018) in folgenden Schritten zu strukturieren:

Kreisverbände/Stadtteilgruppen laden mit Unterstützung des Landesvorstandes zu offenen „Stadtteilkonferenzen“ mit Gästen ein, um eine aktuelle Problemanalyse der jeweiligen Quartiere zu bekommen („Ratschlag unter Freunden“).

Die Landesarbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, mindestens je eine öffentliche Diskussion zu organisieren zu einem wesentlichen aktuellen Problem/Kontroverse.

Im Mai und Juni werden jeweils an einem Wochenende an möglichst vielen Punkten Aktionen „(K)ein Wahlkampfstand“ organisiert. Material: Bestandsaufnahmen in verschiedenen Politikbereichen über das Erreichte, das (Noch-)Nicht-Erreichte und die Aufgaben.

Im Juni vor der Sommerpause Organisation eines Programmkongresses auf der Grundlage von Vorlagen der Landesarbeitsgemeinschaften, der Kreisverbände, der Fachabgeordneten und der grünen Senatsmitglieder.

In der Sommerpause Verfassen des Programmentwurfs durch die zu wählende Programmkommission, Diskussion in der Partei ab September und Verabschiedung im November/Dezember 2018.

Begründung

Der Antrag geht davon aus, dass wir nach dem Verlauf und dem Ergebnis der Bundestagswahl in zwei Richtungen erkennbare Konsequenzen ziehen sollten. Zum einen (Teil II) in Wahrnehmung unserer Regierungsmitverantwortung eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen und Entscheidungen vorzubereiten (deshalb fehlt hier auch Bremerhaven, da wir da leider nicht mehr mitregieren). Und zum anderen (Teil III) die Organisation eines breiteren Austausches mit der Gesellschaft, um uns Grundlagen für unsere Wahlkampagne 2019 zu erarbeiten.

Unterstützer*innen

Henrike Müller (KV MÖV); Robert Bücking (KV MÖV); Maike Schaefer (KV Nord); Daniel Buscher (KV MÖV); Helga Trüpel (KV MÖV); Carsten Werner (KV MÖV); Matthias Güldner (KV Kreisfrei)